

Antrag Nr. 18-F-21-0009

SPD, CDU und Grüne

Betreff:

Direktverbindung Rheinhessen
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2018 -

Antragstext:

Nach wie vor besteht nur eine zeitaufwändige Nahverkehrsverbindung per Bahn aus dem Raum Ingelheim (Bingen/Bad Kreuznach) von und nach Wiesbaden, obwohl eine direkte Gleisverbindung besteht. Diese wurde während der Brückensperrung von einem Direktzug genutzt, dessen Auslastung einen Bedarf erkennen ließ. Mit dieser Verbindung wird eine zeitlich sehr attraktive Anbindung von Wiesbaden in den Raum nördliches Rheinhessen ermöglicht. Es ist zu erwarten, dass lediglich für die Nutzung des Abschnitts zwischen der Kaiserbrücke und dem Hauptbahnhof Wiesbaden Kosten für die Stadt anfallen können.

Um die Idee der Direktverbindung wieder voranzutreiben, soll in einen ersten Schritt die potenzielle finanzielle Belastung für die Stadt Wiesbaden ermittelt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die potenzielle finanzielle Belastung für die Stadt Wiesbaden durch einen Direktzug von Ingelheim nach Wiesbaden zu ermitteln.

Wiesbaden, 24.01.2018

Stefan Breuer
Fachsprecher
(SPD)

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU)

Claus-Peter Große
Fachsprecher
(Bündnis 90/Die Grünen)

Sven Bingel
Fraktionsreferent

Dr. Alexander Reinfeldt
Fraktionsreferent

Carola Pahl
Fraktionsreferentin